

---

Abteilung: Fachbereich 2  
Fachbereich: 2 - Frau Hornbach-Beckers  
Sachbearbeiter: Frau Hornbach-Beckers (Tel. 02641/975-422)  
Aktenzeichen: FB 2  
Vorlage-Nr.: FB 2/057/2021

---

**TAGESORDNUNGSPUNKT**

<b>Beratungsfolge:</b>	<b>Sitzung am:</b>	<b>ö/nö:</b>	<b>Zuständigkeit:</b>
Kreistag	08.10.2021	öffentlich	Kenntnisnahme

**Bericht Runder Tisch "(Wieder-)Aufbau der sozialen Infrastruktur"**

---

***Beschlussvorschlag:***

Die Mitglieder des Kreistags nehmen den Bericht zur Kenntnis.

***Darlegung des Sachverhalts / Begründung:***

Am 23.07.2021 fand auf Ebene des Fachbereichs „Jugend, Soziales und Gesundheit“ ein Austausch mit dem Staatssekretär des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration, Herrn David Profit, sowie der Leiterin des Landesjugendamts, Frau Birgt Zeller, in der Kreisverwaltung Ahrweiler statt. Erweitert wurde dieser Kreis um Vertreterinnen und Vertreter aus der kommunalen und freien Jugendhilfe.

In der Folge entwickelte sich hieraus der seither bestehende Runde Tisch „(Wieder-)Aufbau der sozialen Infrastruktur in den von Hochwasser betroffenen Kommunen“. Zwischenzeitlich setzt sich dieser zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der beiden Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, der Jugendpflege, der Notfallseelsorge, der Beratungsstellen, der Gleichstellung, der Familienbildungsstätte, der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, der DRK-Fachklinik, der Telefonseelsorge, der verschiedenen Träger der Migrations- und Jugendsozialarbeit, sowie des Jugend-, Sozial und Gesundheitsamts etc.

Vorliegend gilt es, die soziale Infrastruktur im Ahrtal zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit verschiedenen Akteuren sollen nicht nur Empfehlungen erarbeitet, sondern auch Maßnahmen unter Beteiligung der Betroffenen umgesetzt werden.

Unter der Federführung des Fachbereichs für Jugend, Soziales und Gesundheit der Kreisverwaltung bringen die Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit ihre Expertise und Erfahrungen ein. Die partizipative Ausgestaltung in den betreffenden Handlungsfeldern soll dadurch realisiert werden, indem eine enge Kooperation mit den bereits vor der Flut existierenden regionalen, sozialen Netzwerken sichergestellt wird. Diese Netzwerke erweisen sich als wichtige Ressourcen.

Der erwähnte Runde Tisch tagte zunächst einmal pro Woche. Das Gremium verfolgt von Beginn an das Ziel, zunächst im Rahmen der kurz-, zwischenzeitlich der mittelfristigen Bedarfsdeckung unterschiedliche, sozialraumorientierte und ggf. mobile Angebote zu entwickeln und vorzuhalten. Dies vor dem Hintergrund, dass in den betroffenen Kommunen alle Bereiche des sozialen Lebens berührt sind und es als wichtig erachtet wird, sich im Alltag der Menschen zu verorten, deren Themen wahrzunehmen, gut zuzuhören, um mit diesen gemeinsam - wie oben dargestellt - zukunftsgerichtet Heimat zu gestalten.

Fachlicher Ansatzpunkt ist die Unterstützung der zielgerichteten Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und damit einhergehend auch eine Stärkung der Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerungsgruppen.

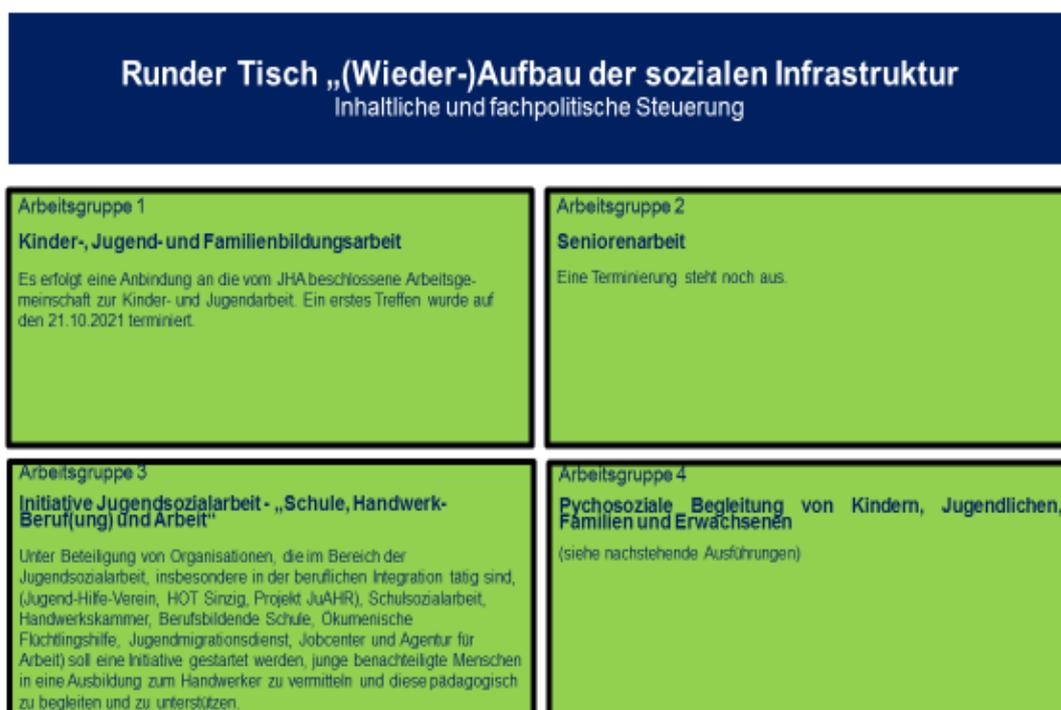
Zwischenzeitlich fanden 9 Treffen des Runden Tisches statt: 23.07., 04.08., 11.08., 17.08., 25.08., 01.09., 04.08., 08.09., 22.09.

Zunächst wurden prioritäre Handlungsfelder identifiziert - beispielsweise die kurzfristige Umgestaltung von Ferienprogrammen für Kinder/Jugendliche, Versorgung und Wohnraum von Senioren sichten, Beratung. Mittel- und langfristig wird mit veränderten, aber teilweise auch wachsenden Bedarfen in allen Altersgruppen gerechnet.

Ein erstes Vorhaben findet seit dem 15.09. seine Umsetzung: Der „Mobile Beratungsbus“, der seither an fünf Tagen pro Woche an unterschiedlichen Standorten in den von Hochwasser getroffenen Kommunen und Stadtteilen Station macht. Mit dem mobilen Beratungsbus, der von der Kinderrechtsorganisation Plan International Deutschland e. V. finanziert wird, werden die Menschen in ihrem Alltag und Lebensumfeld erreicht, kostenlos und vertraulich vor Ort begleitet

Die Umsetzung durch die Kreisverwaltung erfolgt in Kooperation mit verschiedenen Institutionen. Eine wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch Professor Dr. Ulrich Deinet, Hochschule Düsseldorf. Bereits in den ersten Tagen wurde deutlich, dass die Menschen das Angebot wahrnehmen und mit völlig verschiedenen Anliegen vorsprechen. Gerade die ersten Wochen des mobilen Einsatzes sollen genutzt werden, um Bedarfe genauer zu ermitteln, einzuschätzen und in der Folge die Angebote gegebenenfalls anzupassen, da - wie zuvor erwähnt - davon auszugehen ist, dass sich die Anforderungen im Laufe der Zeit ändern werden.

In der zeitlichen Folge wurden seitens des Runden Tisches, dem die fachpolitische und inhaltliche Steuerung obliegt, nachstehende Arbeits- und Steuerungsgruppen eingerichtet:



Hohe Aufmerksamkeit erfährt aktuell der Bereich der „Psychosozialen Begleitung von

Kindern, Jugendlichen, Familien und Erwachsenen“ (Arbeitsgruppe 4). Lag der Schwerpunkt zunächst auf Kindern und Jugendlichen, erfolgt nunmehr eine Ausweitung auf alle Generationen.

Nach dem Landesgesetz über Hilfen bei psychischen Erkrankungen (PsychKHG) obliegen dem Kreis die Planung und Koordination von Hilfen für psychisch erkrankte Personen. Der Kreis erfüllt die Planungstätigkeit als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung.

Im Zuge der Flutkatastrophe sind zusätzliche Handlungsbedarfe entstanden, die einer professionellen Beratung und Unterstützung bedürfen. Zentrales Ziel ist die Vernetzung aller in die Versorgung und Hilfe für Traumatisierte involvierten Einrichtungen, Akteurinnen und Akteure. Die damit einhergehende zusätzliche Personalisierung wurde auf Ebene des Kreises wie auch des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministeriums erörtert. Erforderlich gehalten wird ein zusätzlicher Personalbedarf im Bereich von 2 Vollzeitstellen, um eine qualifizierte Psychiatriekoordination über zunächst zwei Jahre sicherzustellen. Der Hospizverein stellt eine Stelle, die aktuell nochmals um eine weitere halbe Stelle erweitert wurde.

Das Land fördert über zwei Jahre ebenfalls eine Stelle, die sich hälftig auf die Dr. von Ehrenwall'sche Klinik und hälftig auf die DRK-Fachklinik verteilt, so dass der Kreis für diese ihm originär zugeschriebene (Pflicht-)Aufgabe lediglich die Sachkosten jährlich pauschal - insgesamt 12.000 € für 2,5 Stellen - übernimmt.

Von Beginn der Diskussion an gibt es seitens des Kreises einen engen fachlichen Austausch mit der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik, der DRK-Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, dem hiesigen Hospizverein und dem Gesundheitsministerium. Die Genannten haben sich zur Zusammenarbeit verpflichtet, um die Vernetzung bestehender Hilfesysteme zu fördern, um ferner ein Zusammenwirken aller am Hilfeprozess Beteiligten zu erreichen, und somit den unterschiedlichen Zielgruppen bzw. Betroffenen eine bestmögliche Unterstützung zu bieten. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung ist handlungs- und entscheidungsleitend, wobei der Kreis nach wie vor die Gesamt- und Planungsverantwortung innehat.

Das zu erfüllende und in der Kooperationsvereinbarung niedergeschriebene Aufgabenportfolio umfasst folgende Schwerpunkte:

- Ermittlung der Bedarfe für psychosoziale Leistungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, insbesondere im von der Flutkatastrophe betroffenen Gebiet des Landkreises.
- Ermittlung der Bedarfe für psychosoziale Leistungen für Menschen, die als ehrenamtliche und/oder professionelle Helferinnen und Helfer im Katastrophengebiet tätig sind oder waren.

- Systematische Erfassung der Angebote zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen im Bereich der ambulanten und (teil)stationären Regelversorgung und weiterer Dienste wie z. B. von Beratungsstellen, kirchlichen und kommunalen Angeboten oder Angeboten freier Träger.
- Bedarfsorientierte Planung und Entwicklung von neuen oder ergänzenden Angeboten der gemeindenahen Psychiatrie in enger Abstimmung mit den Leistungsträgern.
- Erstellung und regelmäßige Pflege einer Übersicht dieser Angebote. Vermittlung von Angeboten und Nachfragen im Bereich der psychosozialen Versorgung.
- Aufbau und Pflege eines Trauma-Netzwerks.
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.
- Aufbau von Netzwerkstrukturen und Mitwirkung in regionalen Arbeitskreisen.

Es sei erwähnt, dass das Land ein Traumazentrum unter Federführung der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik einrichten möchte.

Was den Bereich Kitas und Schulen anbetrifft, erfolgte bereits eine erste kurze Bestandsaufnahme. Diese zeigte, dass der Schulpsychologische Dienst für die ersten Schulwochen nach den Ferien in den von der Flutkatastrophe betroffenen Schulen bzw. an deren provisorischen Standorten bereits ein umfangreiches Präsenzangebot vorhält, was dazu führte, den Fokus der Arbeitsgruppe auf den Bereich der Kindertagesstätten zu lenken. Im Rahmen einer seitens der Verwaltung durchgeführten Umfrage an den Kitas erfolgten Rückmeldungen hinsichtlich möglicher Unterstützungsbedarfe. Den Kindertagesstätten, die Kinder aus den vom Hochwasser betroffenen Kommunen bzw. Stadtteilen betreuen, werden regelmäßige Vor-Ort-Termine durch psychologische/therapeutische Fachkräfte angeboten. Diese können die Teams in den Einrichtungen informieren und beraten, mit Einverständnis der Eltern Kinder beobachten, eigene Betroffenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern thematisieren etc.

Die Einrichtung von Steuerungsgruppen innerhalb des Runden Tisches wird allgemein begrüßt, da es sinnvoll ist, sich nicht nur sozialraum-, sondern auch themenzentriert zu vernetzen, sich über bestehende Angebote auszutauschen und die Installation neuer Angebote bedarfsgerecht abzustimmen, zumal die Größe des Runden Tisches ein Ausmaß angenommen hat, das tiefergehende Diskussionen auf dieser Arbeitsebene nicht mehr zulässt.

Die bereits vor dem Flutereignis in den Bereichen tätigen Träger und Akteure werden Bestandsaufnahmen durchführen, Bedarfe unter Berücksichtigung von Bedürfnissen und Interessen einschätzen sowie möglichst (passgenaue) Unterstützungsformen entwickeln und/oder vermitteln. Dabei sollen vorhandene Strukturen genutzt bzw. ausgebaut werden.

Konsens besteht darin, dass Inklusion, Migration wie auch Kindeswohl Querschnittsthemen darstellen und von daher in den vorgenannten Gruppen ihre entsprechende Berücksichtigung finden sollten.

Die genannten 4 Untergruppen des Runden Tisches können themenbezogen erweitert oder aber auch verändert werden. Die Rückkoppelung der Ergebnisse wie auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden sichergestellt durch die zukünftig monatlich stattfindende Sitzung des erwähnten großen „Runden Tisches“.

Die politischen Gremien werden im weiteren Verlauf über die Arbeit informiert.

Horst Gies, MdL  
Erster Kreisbeigeordneter